

# KAPSCHACK DIREKT

NEWSLETTER DES DIREKTGEWÄHLTEN  
BUNDESTAGSABGEORDNETEN IM WAHLKREIS 139



## Inhalt

- Grußwort S.1
- Bundesregierung investiert in Bildung und Forschung S.2f.
- Pflege S.3f.
- Asylbewerberleistungsgesetz S.5.
- Digitale Agenda S.6
- Ebola S.7
- Kurz und Knapp S.8f.
- Praktikumsbericht Phillip Jung S.9f.
- Unterwegs im Wahlkreis S.10f.
- Ausschussreise nach Portugal S. 11f.
- „Da kickste“ – ein Kicker für jede Stadt S.12

## Ausgabe 10 (10/2014) Redaktion: Büro Ralf Kapschack Berlin



Liebe Leserin,  
lieber Leser,

es ist wieder soweit. Im neuen Newsletter geht es diese Mal um ganz unterschiedliche Themen: Ebola, Portugal, Kicker – um nur einige zu nennen.

Zwei Themen beherrschen allerdings nach wie vor die politische Diskussion nicht nur in Berlin: Die Situation in Syrien und im Nordirak, die Frage, wie die internationale Gemeinschaft den Vormarsch der Terrormiliz IS

stoppen kann. Waffen allein helfen da offensichtlich nicht.

Zum anderen gibt es in unserer Partei und auch in der Bundesregierung eine notwendige Debatte, wie auf die abschwächende Konjunktur zu reagieren ist. Die schwarze Null, also das Dogma eines ausgeglichenen Haushalts, verbaut leider Möglichkeiten, durch staatliche Investitionen in Infrastruktur etc. Wachstum zu erzeugen und Beschäftigung zu sichern. Dabei sind diese Investitionen dringend notwendig. Gerade bei der Infrastruktur, bei Straßen Schienen und Brücken leben wir von der Substanz – d.h. jede Instandhaltung, die jetzt nicht vorgenommen wird,

dürfte in Zukunft ein Vielfaches an Kosten verursachen. Die Debatte wird weitergehen, spätestens im kommenden Frühjahr, wenn die neue Steuerschätzung vorliegt, könnte die schwarze Null zur Disposition stehen.

Bis dahin gibt's allerdings noch einiges zu tun.

Viel Spaß bei der Lektüre. Rückmeldungen und Kritik sind wie immer erwünscht, Lob ist nicht verboten.

Euer

## Bunderegierung plant Investitionen in Bildung und Forschung



Deutlich mehr Geld wird vom Bund in Bildung und Forschung fließen.

(Bildquelle: Julien Jorge, <http://commons.wikimedia.org/>)



Nicht nur Studierende, auch die Universitäten werden von der geplanten Reform profitieren.

(Bildquelle: Tuxyso / [Wikimedia Commons](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tuxyso_-_Bildungsbauwerke.jpg) / [CC-BY-SA-3.0](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/))

Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen hat das BAföG eine besondere Bedeutung. Denn das Bundesausbildungsförderungsgesetz (kurz BAföG) ist ein sozialdemokratisches Kind. Unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt eingeführt, ermöglicht es seitdem jungen Menschen aus weniger gut betuchten Elternhäusern, ihr Studium zu finanzieren und sorgt so für mehr Chancengleichheit.

Der nun vorgelegte Gesetzesentwurf sieht vor, dass mit dem Beginn des Schuljahres 2016 bzw. des Wintersemesters 2016/17 die Bedarfssätze und Freibeträge für alle Geförderten um sieben Prozent erhöht werden. Zudem sollen die Vermögensfreibeträge und die Hinzuverdienstgrenze angehoben und der Wohnungszuschlag auf 250€ erhöht werden. Dies hat zur Folge, dass ca. 110.000 junge Menschen mehr einen Anspruch auf Förderung haben (Erhöhung der Freibeträge) und durch das zusätz-

liche Geld, das den Geförderten zur Verfügung steht (BAföG-Erhöpfung) stärkere Kaufkraft generiert wird. Auch das sogenannte Meister-BAföG wird angepasst, so dass auch die förderberechtigten Fachkräfte ab 2016 mehr Geld bekommen. Damit wird auch deutlich, dass akademische und berufliche Bildung für uns gleichwertig sind.

Neben vielen jungen Menschen wird die Reform auch den Ländern und Kommunen zugutekommen. Der Bund übernimmt ab dem 1. Januar 2015 dauerhaft die volle Finanzierung der staatlichen Förderung und entlastet so die Länder in Höhe von 1,17 Milliarden Euro jährlich. Mittel sollen ab 2015 in die Kinderbetreuung und die Schulen investiert werden. Allerdings setzt die dauerhafte Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund eine Lockerung des sogenannten Kooperationsverbotes (Art. 91b GG) zwischen Bund und Ländern im Bereich der Bildung voraus.

### **Nicht nur in Köpfe sondern auch in Institutionen soll investiert werden können**

Durch eine Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in den Gebieten Wissenschaft, Forschung und Lehre im Hochschulbereich könnte der Bund dort investieren. Das würde die Planungssicherheit für die deutsche Wissenschaftslandschaft nachhaltig stärken. Exzellente Forschung und Lehre sind für ein Land wie Deutschland, das über keine nennenswerten Reserven an Bodenschätzen mehr verfügt, von großer Bedeutung. Deshalb ist die teilweise Rücknahme des Kooperationsverbotes die Korrektur eines Fehlers der letzten Großen Koalition. Grundsätzlich vertritt die SPD-Bundestagsfraktion die Position, dass das Kooperationsverbot im Bildungswesen gänzlich fallen sollte. Dafür gibt es aber derzeit die notwendige 2/3-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat. Aber es ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung und sicherlich besser als nichts.

## Pflege – gut, menschenwürdig und generationengerecht

Fast 20 Jahre nach der Einführung der Pflegeversicherung stärken die Regierungsfractionen Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte mit einem ersten wichtigen Schritt zu einer umfassenden Pflegereform.

Wir alle wollen in Würde und möglichst in unserer gewohnten Umgebung alt werden. Um dies vielen Menschen zu ermöglichen hat der Bundestag am 17. Oktober das Pflegestärkungsgesetz I beschlossen, das zum 1. Januar 2015 in Kraft tritt. Neben echten Verbesserungen für die pflegebedürftigen Menschen in unserem Land und deren Angehörigen, verbessert es auch die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich der Pflege.

Zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zuhause betreut, zumeist von Angehörigen. Das Gesetz sorgt für eine deutliche Verbesserung und Flexibilisierung in dem Bereich der Kurzzeit- und Verhinderungspflege, sowie bei der Tages- und Nachtpflege. So wird gleichzeitig den Wünschen und

Nöten der Pflegebedürftigen und der Angehörigen Rechnung getragen. Einerseits wird eine möglichst passgenaue Versorgung sichergestellt und andererseits werden die Angehörigen flexibel nach ihren Bedürfnissen entlastet.

Außerdem wird die Situation der häuslichen Pflege auch finanziell verbessert. Die altersgerechte Umrüstung der eigenen vier Wände wird ab Januar deutlich besser unterstützt. So wird beispielsweise die Umrüstung eines Badezimmers mit bis zu 4000 € bezuschusst werden. Bisher beträgt die Obergrenze hierfür 2557 €. Dazu sorgt das Gesetz auch für eine stärkere Angleichung der Leistungen bei körperlich und bei psychisch bzw. demenziell bedingter Pflegebedürftigkeit. Menschen mit stärkerer körperlicher Einschränkung können nach der Reform zusätzliche Betreuungs- und Entlastungsleistungen in Anspruch nehmen.

Personen, die ihren Anspruch auf ambulante Pflegesachleistungen nicht voll ausschöpfen, können den nicht genutzten Betrag zu-

künftig für sogenannte niedrigschwellige Angebote – etwa in der Betreuung – verwenden.

Der von der SPD-Bundestagsfraktion geforderte neue Pflegebedürftigkeitsbegriff wird zwar in dieser Reform der Pflegeversicherung nicht erreicht werden, aber die Tatsache, dass Menschen mit erheblich eingeschränkten Alltagskompetenzen – die sogenannte Pflegestufe Null – Zugang zu Leistungen der Tages- und Nachtpflege erhalten, stellt einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Letztlich sollen durch die Erhöhung des Betreuungsschlüssels (eine zusätzliche Betreuungskraft pro 20 Pflegebedürftige) weitere 45.000 Stellen im Pflegebereich entstehen.

Das Gesetz hat aber auch die Anliegen der Beschäftigten im Fokus. So werden die Tariflöhne gestärkt, da künftig bei Vergütungsverhandlungen zwischen Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen sowie Sozialhilfeträgern diese nicht mehr als unwirtschaftlich abgelehnt werden dürfen.

*Weiter geht es auf der nächsten Seite.*



Sowohl pflegebedürftige Menschen, als auch Angehörige und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden vom neuen Pflegestärkungsgesetz profitieren.

Bildquelle: Rainer Sturm / pixelio.de



Kämpft weiter für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff:

Hilde Mattheis, MdB  
Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

(Bildquelle: spdfraktion.de, Susie Knoll / Florian Jänicke)

## FORTSETZUNG: PFLEGE



Kämpft für die Vereinbarung von Familie, Beruf und Pflege: Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig

(Bildquelle: © Susie Knoll/SPD)



Pflege erfordert gesellschaftliche Solidarität, auch wenn es ums Geld geht.

(Bildquelle: Rike /pixelio.de)

Zudem werden bessere Kontrollmöglichkeiten eingeführt, damit der Lohn auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt. Nur wenn Politik die Weichen dafür stellt, dass in der Pflege auch gut verdient werden kann und die Berufe Aufstiegsmöglichkeiten bieten, werden wir sicherstellen können, dass junge Menschen ihre berufliche Zukunft dort sehen. Um dies zu erreichen ist für diese Wahlperiode ein Pflegeberufegesetz in der Vorbereitung, um vor allem die Aufstiegchancen zu verbessern.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz I hat die Bundesregierung zentrale Punkte des Koalitionsvertrages umgesetzt. Aber die Planungen für das weitere Vorgehen stehen bereits. In der zweiten Novemberwoche wird das neue Pflegezeitgesetz in erster Lesung beraten. Dabei wird der Fokus auf der Vereinbarkeit von Familie, Pflege

und Beruf liegen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll die Möglichkeit gegeben werden, eine bezahlte Auszeit von maximal zehn Tage zu nehmen, falls kurzfristig die Pflege eines Angehörigen organisiert werden muss. Auch dieses Gesetz soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden und zum 1. Januar 2015 in Kraft treten. Im Laufe der aktuellen Legislaturperiode wird auch das Pflegestärkungsgesetz II folgen, durch welches dann der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff umgesetzt werden soll. In der Zwischenzeit soll eine Bund-Länder-Kommission tagen, da Pflege vor Ort organisiert wird und ausgelotet werden muss, welche Infrastruktur eine passgenaue Pflege benötigt.

### Und wer zahlt?

Natürlich stellt sich die Frage nach der Finanzierung der Verbesserungen. Pflege ist ein Bereich,

der alle etwas angeht und somit auch solidarisch finanziert werden muss. Daher wird zum 1. Januar 2015 der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,3 Beitragssatzpunkte erhöht werden. Jeder Zehntelpunkt entspricht einer zusätzlichen Einnahme von 1,2 Milliarden Euro. So stehen ab Januar 2015 3,6 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon werden 2,4 Milliarden Euro in die Leistungsverbesserung fließen und 1,2 Milliarden Euro in einen neuen Pflegevorsorgefond. Dieser Fond ist ein Kompromiss, den die SPD in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU eingegangen ist. Ziel des Pflegevorsorgefonds ist es, absehbare Beitragserhöhungen abzufedern. Aufgrund der Altersstruktur unserer Bevölkerung ist abzusehen, dass in der Zukunft deutlich höhere Kosten auf die Pflegeversicherung zukommen werden.

## Mehr und bessere Leistungen für AsylbewerberInnen

Am 09. Oktober 2014 ist in 1. Lesung der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur *Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes* beraten worden. Damit verbunden ist eine Diskussion, die in den vergangenen Wochen sehr intensiv geführt wurde: die Diskussion darum, ob die West-Balkan-Länder tatsächlich sichere Herkunftsländer sind und dass der Arbeitsmarktzugang für Asylbewerberinnen und -bewerber in Deutschland deutlich verbessert werden muss. Da es sich um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handelt, d.h. der Bundesrat muss dem Gesetzentwurf auch zustimmen, hat Bündnis 90/Die Grünen\* Bedingungen an ihre Zustimmung geknüpft. Diese sind auch aus sozialdemokratischer

Sicht absolut begrüßenswert. Sie wurden in einer Protokollvereinbarung niedergeschrieben und sollen in einem eigenen Gesetz erarbeitet werden. Dazu habe ich in meinem letzten Newsletter berichtet.

Was verbirgt sich nun hinter der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylLG)? Künftig sollen die Leistungen nach dem AsylLG wie die der Grundsicherung (SGB II) und Sozialhilfe (SGB XII) auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ermittelt und angepasst werden. Dadurch wird es zu deutlich höheren Leistungssätzen kommen. Außerdem entsteht mehr Rechtsklarheit und Rechtssicherheit. Der Gesetzentwurf setzt damit ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus

dem Jahr 2012 um. Der Entwurf sieht außerdem diese konkreten Verbesserungen vor:

- Kinder- und Jugendliche erhalten von Anfang an einen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe
- Minderjährige sollen nicht mehr für Verstöße ihrer Eltern gegen die aufenthaltsrechtlichen Mitwirkungspflichten mit Leistungsminde- rung bestraft werden und
- Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung erhalten künftig sofort Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeit (SGB II) oder der Sozialhilfe (SGB XII). Das entlastet vor allem auch die Länder und Kommunen – im Jahr 2015 um 31 Mio. Euro und im Jahr 2016 um 43 Mio. Euro.



Insbesondere Kinder und Jugendliche profitieren von der Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes.

(Bildquelle: Dieter Schütz /pixelio.de)

\*Schwarz-Rot hat im Bundesrat keine Mehrheit und ist deshalb auf die Zustimmung von mindestens einem Bundesland, in dem die Grünen mitregieren, angewiesen.

## Digitale Agenda – SPD - Fraktion bleibt am Ball



Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine bessere Netzanbindung in ganz Deutschland ein.



Glasfaser-Ausbau:

Einer von vielen Wegen, um den Netzausbau voranzutreiben

(Bildquelle: Johnsson <http://commons.wikimedia.org/>)

Mit der „Digitalen Agenda 2014 – 2017“ hat eine Bundesregierung im August erstmals überhaupt ein umfassendes politisches Programm für die Digitale Gesellschaft vorgelegt. Am 16. Oktober wurden die Inhalte erstmals im Deutschen Bundestag diskutiert.

Eigentlich ist das Ruhrgebiet ein Ballungsraum, der gut an das Internet angeschlossen ist. Wir alle wissen aber, dass es im gesamten Wahlkreis Gebiete gibt, die bei weitem nicht die nötige Netzabdeckung aufweisen, die heute Standard ist. Das Internet ist mittlerweile ein Standortkriterium, nicht allein für die Ansiedelung und den Verbleib von Unternehmen, sondern zukünftig sicherlich auch verstärkt beim Haus- oder Wohnungskauf.

Die verfügbare Datengeschwindigkeit hat mittlerweile einen ähnlich hohen Stellenwert, wie die Verkehrsanbindung oder die vorhandene Infrastruktur. Der zentrale Punkt für das Gelingen der Digitalen

Agenda ist der flächendeckende Breitbandausbau. Bis 2018 sollen alle Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s ausgestattet sein. Dies wird nicht allein durch das klassische Verlegen von Kabeln möglich sein, sondern eine Investition in einen Technologie-Mix erfordern.

Das ist auch eine Chance für Innovationen, für Wachstum und Beschäftigung. Dabei geht es einerseits um die nötige Ausstattung vorhandener klassischer Betriebe, aber ebenso um eine weitere Förderung der Digitalen Wirtschaft.

Sogenannte Start-ups werden weltweit immer wichtiger und schaffen auch immer mehr Arbeitsplätze. Aus wirtschaftlicher Sicht ist es für Deutschland von großer Bedeutung in diesen Bereich zu investieren und Unternehmensgründungen in der Digitalen Wirtschaft ausreichend zu fördern.

Das Internet hat Einfluss auf viele Lebensbereiche.

Die digitale Welt bietet viele Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger – wie auch die öffentliche Verwaltung – zu entlasten. Daher sollen Behördengänge soweit wie möglich bald digital erledigt werden können. Gleichzeitig werden sich auch Wege ergeben, Verwaltungshandeln transparenter zu gestalten und Bürgerinnen und Bürger stärker in Prozesse einzubinden. Dafür müssen die Menschen aber auch Vertrauen in die Technologie haben. Hierfür ist es unausweichlich, in den Bereichen der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und der Netzneutralität weitere Schritte zu gehen. Der Umgang mit der digitalen Welt muss fester Bestandteil in allen Bildungsplänen, Ausbildungs- und Studienordnungen werden. Hierfür ist eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern nötig. Für die SPD-Bundestagsfraktion stellt die Digitale Agenda eine der bedeutendsten Weichenstellungen für die Zukunft innerhalb dieser Legislaturperiode dar.

## EBOLA – MEHR ALS EINE MEDIZINISCHE KATASTROPHE

Das Ebola-Virus, das 1976 erstmals in der Republik Kongo entdeckt wurde, verbreitet sich seit Ende vergangenen Jahres in Westafrika mit einer rasanten Geschwindigkeit. Im Dezember 2013 tauchte das oft tödliche Virus in Guinea auf. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind Liberia, Nigeria und Sierra Leone ebenfalls von der Ebola Epidemie betroffen, Staaten, die zu den ärmsten der Welt gehören. Das Virus forderte dort über 4500 Opfer, wobei die Dunkelziffer wesentlich höher geschätzt wird. Im September ist es nun auch zu einer ersten Infektion außerhalb des Krisengebietes in Westafrika gekommen. Dr. Karl Lauterbach (SPD), Epidemiologe und Bundestagsabgeordneter erläuterte in der jüngsten Bundestagsdebatte, dass jede Epidemie anders verlaufe und die Folgen der jetzigen Ebolaepidemie überhaupt nicht absehbar

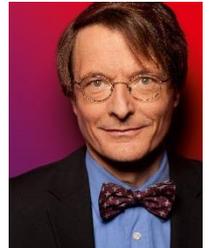
seien. Das Ebolavirus wird durch Kontakt mit Körperflüssigkeiten der Erkrankten weitergegeben. Die Inkubationszeit beträgt 3-16 Tage, erste Anzeichen auf das Virus sind Fieber, Erbrechen und Durchfall. Erschwert wird die Situation durch die Tatsache, dass das Gesundheitssystem der in erster Linie betroffenen Länder kaum mit unserem Standard vergleichbar ist.

Wenn der Westen nicht handelt, werden die Folgen unkalkulierbar. Selbstverständlich werden auch Ärzte und medizinisches Fachpersonal in den Krisengebieten benötigt, sowie finanzielle Unterstützung.

Die Bundesregierung startete deshalb einen Aufruf für freiwillige Helfer für die Ebola Gebiete und stellte 100 Mio. € bereit. Außerdem wird die Bundesrepublik Deutschland infizierte in- und ausländische

Helferinnen und Helfer aufnehmen und behandeln. Die Bundesrepublik verfügt über insgesamt 50 Isolierbetten und sieben Fachkliniken. Aufgrund des gut ausgebildeten Personals und der Sicherheitsmaßnahmen wird auch bei der Aufnahme von Erkrankten in die Bundesrepublik das Gefahrenpotential, dass sich die Epidemie in Deutschland ausbreitet, äußerst gering sein.

Die Risiken, die Ebola birgt gehen aber weit über den humanitären Bereich hinaus. Sollte der Westen nicht endlich angemessen auf die Ebola-Epidemie reagieren, drohen gesellschaftliche Unruhen in den betroffenen Ländern, die sich ausbreiten und zur politischen Instabilität des afrikanischen Kontinents beitragen können.



Warnt vor der Ausbreitung von Ebola und den möglichen Folgen:  
Fraktionsvize  
Karl Lauterbach,  
MdB

(Bildquelle: spdfraktion.de, Susie Knoll / Florian Jänicke)



Auch viele NGOs wie das Rote Kreuz beteiligen sich am Kampf gegen Ebola.

(Bildquelle: Rudolf Ordner/pixelio.de)

## KURZ UND KNAPP



Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im NSA-Untersuchungsausschuss: Christian Flisek, MdB.

(Bildquelle: spdfraktion.de, Susie Knoll / Florian Jänicke)

### EU veröffentlicht Verhandlungsmandat zu TTIP

Im September-Newsletter habe ich meine Meinung zum Thema Freihandelsabkommen ja bereits dargelegt. Einer meiner zentralen Kritikpunkte war und ist die intransparente Verhandlungsführung. Daher begrüße ich ausdrücklich, dass die EU-Kommission das Verhandlungsmandat veröffentlicht hat. Ich bleibe dabei, dass wir TTIP, CETA und Co. nicht von vornherein ablehnen sollten, wenn unsere Standards etwa im sozialen und rechtlichen Bereich gewahrt bleiben. Die Verhandlungen müssen offen und transparent geführt werden, über das Ergebnis wird dann der Deutsche Bundestag abstimmen.

Eine Ausklammerung der nationalen Parlamente darf es in diesem Entscheidungsprozess nicht geben.



Der letzte seiner Art:

Ronald Pofalla.

Spitzenpolitiker dürfen bald nicht mehr so einfach von der Politik in die Wirtschaft wechseln

(Bildquelle: CDU / slomifoto.de)

### NSA-Untersuchungsausschuss – Befragung zeigt Lücke im Datenschutz

Die fast zehnstündige Befragung der Datenschutzbeauftragten des Bundesnachrichtendienstes (BND) am 9. Oktober im NSA-Untersuchungsausschuss hat auf Lücken in der deutschen Datenschutzgesetzgebung hingewiesen. Es stellte sich heraus, dass es innerhalb des BND unterschiedliche Rechtsauffassungen in Sachen Datenschutz gibt. So gehe man in Teilen des BND davon aus, dass bei der Analyse von Satellitendaten der deutsche Datenschutz nur bedingt gelte, da die Daten nicht in Deutschland gewonnen würden. Diese sogenannte Weltraumtheorie ist nicht akzeptabel. Die engdefinierten rechtlichen Regeln zum Eingriff in Telekommunikationsdaten nach deutschem Recht müssen eingehalten werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, notfalls beim Datenschutz nachzubessern.

### Wechsel in die Wirtschaft - Koalition einigt sich auf Karenzzeit für Politiker

SPD und CDU/CSU im Bundestag haben sich auf eine Karenzzeit für Regierungsmitglieder geeinigt, die von der Politik in die Wirtschaft wechseln. Die Karenz- bzw. Übergangszeit soll 12 bzw. in Sonderfällen 18 Monate andauern. Ziel dieser Vereinbarung ist es, zu verhindern, dass der Anschein von problematischen Interessensverpflichtungen entsteht. Ausscheidende Spitzenpolitiker sollen nicht als Türöffner und Lobbyisten engagiert werden, die aufgrund ihrer Kontakte und ihres Insiderwissens für die Wirtschaft von großem Interesse sein können. Die Bundesregierung soll jeweils im Einzelfall prüfen, ob die Karenzzeit einzuhalten ist oder nicht. Ihre Entscheidung wird sie auf Grundlage des Vorschlags einer unabhängigen Expertenkommission treffen, der Personen mit hoher Reputation und Erfahrung, wie beispielsweise ehemalige

*Weiter geht es auf der nächsten Seite.*

## FORTSETZUNG: KURZ UND KNAPP

VerfassungsrichterInnen angehören werden. Die konkreten Einzelheiten muss die Bundesregierung in einem Gesetz ausarbeiten, da es sich hier um eine Einschränkung der Berufsausübung handelt. Ich hätte mir eine längere Karenzzeit gewünscht. Das jetzt gefunden Verfahren geht aber in

### **Verfassungsrichter – Wahl soll transparenter werden**

Der Artikel 94 des Grundgesetzes schreibt vor, dass die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts je zur Hälfte vom Bundestag und Bundesrat gewählt werden. Nach der bisherigen Praxis wurden die Verfassungsrichterinnen

und Verfassungsrichter im Bundestag indirekt durch einen Wahlausschuss gewählt. Künftig soll diese Wahl ohne Aussprache direkt durch das Plenum erfolgen. Der nötige Gesetzesentwurf wurde am 9. Oktober in 1. Lesung in den Bundestag eingebracht und von allen Fraktionen getragen.

## PRAKTIKUMSBERICHT PHILLIP JUNG

*Phillip Jung absolvierte für sechs Wochen ein Praktikum in meinem Berliner Büro. Seine Eindrücke und Erfahrungen:*

Am ersten Tag ist man natürlich aufgereggt und erfüllt von einer gewissen Spannung, aus nächster Nähe zu erfahren, wie Politik gemacht wird. Als Politikstudent ist mir die Theorie bekannt; der legislative Prozess wird im Studium behandelt. Es ist jedoch etwas anderes die Korridore im Jakob-Kaiser-Haus entlangzugehen und hier und da einen kurzen Blick in ein Büro zu werfen, wo grade ein Gesetz erdacht, geschrieben, verfeinert oder verworfen

wird. „Demokratie zum Anfassen“, so kann man ein Praktikum im Bundestag kurz und knapp beschreiben. Wie demokratisch unser System und wie repräsentativ unsere Volksvertreter sind, wird natürlich oft hinterfragt, aber sechs Wochen Praktikum bei Ralf Kapschack, MdB machen doch klar: der gesetzgebende Prozess ist weniger autokratisch als oft beschrieben. Ich habe konstruktive Debatten in Arbeitsgruppensitzungen und Ausschüssen erleben können, in denen die Mitglieder des Bundestags zwar von einer ideologischen Grundüberzeugung aus argumentieren,

aber doch an einer Lösung für ein Problem interessiert sind. Bleibt die Frage, warum diese konstruktive Arbeitsweise nicht auch in die öffentliche Debatte überschwappt. Vielleicht wollen wir Wähler es nicht anders. Solche Gedanken befallen einen manchmal, wenn man sich bemüht, eine Antwort für die ein oder andere Wählerfrage zu schreiben – haben wir doch feste Überzeugungen zu Themen wie Waffenexporte, Rente oder Mindestlohn, die gegen Argumente immun sind. Als Praktikant im Bundestag recherchiert und formuliert man Antworten auf viele verschiedene Fragen, die das Büro erreichen.



Phillip Jung

*Weiter geht es auf der nächsten Seite.*

## FORTSETZUNG: PRAKTIKUMSBERICHT

Eine gute und lehrreiche Herausforderung, muss man sich doch in viele Themen erst einmal hineinlesen. Viele dieser Fragen werden aufrichtig gestellt, alle Fragen werden beantwortet. Auch das ist Demokratie. Letztendlich ist es erstaunlich, wie wenige Briefe an einen Volksvertreter geschrieben werden.

An dieser Stelle möchte ich mich bei Ralf und seinen Mitarbeitern Axel und Henriette bedanken, dass ich diese und andere Aufgaben übernehmen durfte und nicht als

Kopiersklave oder lebendige Kaffeemaschine behandelt wurde, wie manch andere Praktikantengeschichten erzählen. Als Angehöriger der „Generation Praktikum“ tut es gut, wenn die zugegebener Weise unerfahrene Arbeit gewürdigt und anerkannt wird. Zum Schluss möchte ich noch das Praktikantenprogramm der SPD-Fraktion des Bundestags positiv erwähnen. Uns Praktikanten der Fraktion wurden viele spannende Möglichkeiten geboten, uns

fortzubilden und mit MdBs über ihre Themenbereiche zu streiten.

Was ich von diesem Praktikum mitnehme? Einen Einblick in unsere Demokratie, in die Politik und in den (vollgebuchten) Arbeitsalltag eines Bundestagsabgeordneten. Und die Überzeugung, dass ich für mich das richtige Studium gewählt habe.

**Phillip Jung**

## UNTERWEGS IM WAHLKREIS ... (UND NICHT NUR DA)

Ich habe sie noch gekannt, Briketts und Eierkohlen. Dass die Formen und Herstellungsverfahren dazu zum Großteil aus Hattingen stammten, wusste ich bislang nicht – aber jetzt: Bei der Firma Köppern in Hattingen, direkt am Ruhrufer wurden früher die mächtigen Walzen hergestellt, die dem Kohlenstaub Form gaben. „Mit der zweiten Bergbaukrise in den siebziger Jahren mussten wir umdenken und neue Aufgaben auf dem Boden unseres Wissens finden“, erinnert sich Köppern-Geschäftsführer Christopher Schäfer, Enkel des Firmengründers. Und so entwickelte

das Unternehmen Hightech-Rollenpresstechniken zur Brikettierung, Verdichtung und Zerkleinerung unterschiedlichster Roh- und Werkstoffe beispielsweise in der Chemie und Zementindustrie. Seine Firma stehe zur Verantwortung für die Menschen und die Region, erklärt Schäfer. Ausbildung habe deshalb einen sehr hohen Stellenwert für das Unternehmen. Zehn Prozent der rund 130 Mitarbeiter sind Auszubildende. Darüber hinaus pflege das Unternehmen intensive Partnerschaften zu Hochschulen, Universitäten sowie Schulen bereits ab der 5. Klasse, so Schäfer.

90 Prozent der Köppern-Pressen arbeiten im außereuropäischen Ausland. Inzwischen hat der Weltmarktführer aus Hattingen Niederlassungen in Indien, Kanada, Venezuela und Russland. Deren Erfolg sichert auch die Arbeitsplätze in Hattingen.

Darüber hinaus war ich überregional als Referent zu einer Veranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung (FES) zum Thema Künstlersozialkassen (KSK) in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) eingeladen. Was haben Musikvereine, kulturelle Einrichtungen und

*Weiter geht es auf der nächsten Seite.*



Zu Besuch bei der Firma Köppern.

## FORTSETZUNG: UNTERWEGS IM WAHLKREIS

die vielen ehrenamtlich Tätigen in diesem Bereich mit der Künstlersozialversicherung zu tun? Ist es eine sinnvolle und notwendige Absicherung für freiberufliche Künstler und Publizisten oder ist es ein bürokratisches Monster, das viele Veranstalter schlicht überfordert? Was hat sich im Sommer durch die Novellierung des KSK-Gesetzes geändert?

## AUSSCHUSSREISE NACH PORTUGAL

Gut dass ich Hemden mit kurzen Ärmeln eingepackt hatte, die Temperaturen in Lissabon waren mit 27 Grad hochsommerlich. Von der Stadt hab ich allerdings nicht viel gesehen, aber deshalb waren wir ja auch nicht da: 15 Termine in zweieinhalb Tagen, ein strammes Programm. Mit einer Delegation des Ausschusses für Arbeit und Soziales wollte ich mir ein Bild machen von der Situation in dem Land, das von der Wirtschaftskrise gebeutelt ist und langsam wieder auf die Beine kommt. Uns interessierte besonders die Beschäftigungssituation von Jugendlichen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei deutlich über 30%. Ein System der Dualen Ausbildung, wie wir es in Deutschland kennen, gibt es in Portugal nicht, oder nur in Ansätzen. Deutsche Firmen wie VW, Bosch Siemens etc. haben

Das waren die Themen der Veranstaltung. In einer engagierten Diskussion war schnell klar, dass viele VereinsvertreterInnen nicht wissen, ob und wenn, in welchem Umfang sie als Veranstalter oder Auftraggeber Beiträge an die Künstlersozialversicherung abführen müssen. Die Furcht vor hohen Nachzahlungen ist groß. Nicht alle Fragen konnten an

entsprechende Ausbildungszentren aufgebaut, um den eigenen Nachwuchs zu rekrutieren. Inzwischen gibt es erste Initiativen, dieses Konzept auch in einheimischen Unternehmen zu übernehmen. Noch fehlt es dafür allerdings an Strukturen, denn die Tradition der beruflichen Bildung ist in Portugal sehr auf kleine und Kleinbetriebe mit ihren spezifischen Bedürfnissen ausgerichtet. Auch deshalb ist noch so gut wie kein Euro aus dem EU-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in konkrete Projekte geflossen.

In Gesprächen mit dem Arbeitsminister, Gewerkschaften, IHK und Sozialverbänden bekamen wir einen guten Einblick in die wirtschaftliche und politische Situation des kleinen Landes, dass viele Deutsche nur vom Urlaub oder über den Fußball kennen.

diesem Abend beantwortet werden, trotzdem hat sich die Veranstaltung gelohnt und auch die lange Anreise für den Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet: Quedlinburg ist eine wunderschöne Stadt.

Darüber hinaus gab es natürlich viele weitere Termine wie Kita-Eröffnungen, politische Veranstaltungen, der Steiger Award....

Ein Land, das seit Jahrzehnten aber eine tiefe Freundschaft zu Deutschland pflegt. Erst Mitte der 70er Jahre bekam Portugal eine demokratische Verfassung. Die Gründung der Sozialistischen Partei (PS), wurde damals sehr massiv durch die SPD und Willy Brand unterstützt. Bei den Konservativen gab es ähnliche Hilfe aus Deutschland. Diese Hilfe hat dort niemand vergessen. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Verhältnis allerdings gelitten. Denn für viele Portugiesen ist Deutschland als wirtschaftlich stärkstes Land in der EU mitverantwortlich für die Forderungen der sog. Troika (Europäische Zentralbank, EU-Kommission, Internationaler Währungsfond), die zu einem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit, zur Kürzung

*Weiter geht es auf der nächsten Seite.*



FES-Veranstaltung in Quedlinburg



Besuch beim portugiesischen Arbeitsminister.



Besuch im portugiesischen Parlament.

Kontakt Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.:  
030 227 -75601  
/-75602

Kontakt Wahlkreis

Annenstr. 8  
58453 Witten  
Telefon:  
02302- 2779444

E-Mail:  
Ralf.Kapschack@  
Bundestag.de

Online  
www.Ralf-  
Kapschack.de  
Facebook.com/  
EsgehtumGerechtigkeit

## FORTSETZUNG: PORTUGAL

von Sozialausgaben und zu mehr Armut geführt haben. Die Erfüllung dieser Auflagen war Voraussetzung für die entsprechenden Finanzhilfen. Zwar ist die Arbeitslosigkeit inzwischen etwas gesunken. Aber wohl vor allem, weil immer mehr – insbesondere gut ausgebildete -

junge Menschen das Land verlassen. Einige davon kommen auch nach Deutschland, viele gehen allerdings eher in die skandinavischen Länder oder in die ehemalige Kolonie nach Angola. Dieser Exodus ist auf Dauer verheerend, denn der demografische Wandel ist in

Portugal noch deutlicher ausgeprägt als bei uns, junge Leute fehlen. Die Idee eines Marshall-Plans für die Länder in Süd-Europa, ein Konzept, dass gerade jungen Leuten eine Zukunftsperspektive in ihrer Heimat eröffnet, ist deshalb aktueller und notwendiger denn je.

## „DA KICKSTE“- FÜR JEDE STADT EINEN KICKER

Jetzt wird's ernst. Im November ist der erste Kicker beim Hattinger Zentrum Arbeit und Zukunft abholbereit. Vor einiger Zeit war ich ja dort und hatte mit dem HAZ verabredet, dass jede Stadt in meinem Wahlkreis einen der tollen Kicker-Tische für eine soziale Einrichtung, einen Jugendclub, o.ä. bekommen soll.

Das hilft dem HAZ mit seinem vorbildlichen Engagement für arbeitslose Männer und Frauen, und es ist auch gedacht als Anerkennung für die Arbeit der vielen Einrichtungen, die sich im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich um Kinder und Jugendliche kümmern.

Der Kicker gehört zum Ruhrgebiet – und deshalb auch

in jede Stadt. Als erstes ist Herdecke an der Reihe. In den nächsten Tagen werden wir über das genaue Verfahren zur Bewerbung um einen Kicker informieren.

Auch in den Einrichtungen anderer Städten können sich Interessierte schon mal Gedanken machen, warum ausgerechnet sie den Kicker bekommen sollten...

